



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz warnt vor „Vertafelung“ der Gesellschaft.

Hannover, 22.08.2022

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen warnt angesichts der sich aktuell häufenden und gegenseitig verstärkenden Krisen vor einer zunehmenden „Vertafelung der Gesellschaft“. Dieser Prozess verursacht eine wachsende Parallelwelt von Armutsbevölkerung und würde die ohnehin schon viel zu tiefe Spaltung unserer Gesellschaft endgültig zementieren.

Klaus-Dieter Gleitze, LAK-Geschäftsführer, betont:

*„Vertafelung“ meint: Der Staat zieht sich zunehmend aus seiner Fürsorgepflicht gerade für Menschen mit wenig Geld zurück. Diese Funktion wird von Tafeln für Lebensmittel übernommen, die „Normalverbraucher*innen nicht mehr zugemutet werden. Die Verfügbarkeit des nicht verpflichtenden Angebotes ist hier abhängig von konjunkturellen Schwankungen und dem Willen freiwilliger Akteure wie Supermärkte und Charity-Organisationen. An einem möglichen Ende dieser Entwicklung steht neben dem normalen gesellschaftlichen Kreislauf ein System des Verwaltens von Not, staatlich gefördert, ehrenamtlich getragen und von einem wachsenden Hauptamtlichen-Apparat verwaltet und gesteuert. Alles, was 2. Qualität besitzt, geht an Bürger*innen zweiter Klasse. **Nicht mehr gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen ist das Ziel, sondern: Getrennte Wirtschaft- und Konsumkreisläufe produzieren getrennte Gesellschaftssegmente.** Kommunikation, Begegnung findet immer weniger statt.*

Und was bei Ernährung mit Tafeln funktioniert, kann auch für andere gesellschaftlich existentielle Bereiche Maßstab werden, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Kultur.

Eine Tafel muss in einer der reichsten Gesellschaften der Welt eine Ausnahme sein und darf nicht zum flächendeckenden Angebot der Daseinsfürsorge werden. Das ist auch Anspruch der Tafeln selbst.

In diesem Winter geht es für viele Menschen angesichts explodierender Energiepreise und Rekordinflation um die Frage, wo sie zuerst sparen sollen, beim Essen oder Heizen. Hungern oder Frieren?

Bereits jetzt suchen so viele Menschen wie nie regelmäßig die Tafeln auf, laut Dachverband Tafel Deutschland mehr als zwei Millionen. Die Zahl ist seit Jahresbeginn um die Hälfte gestiegen, immer mehr Tafeln verkünden einen Aufnahmestopp. Diese Tatsache allein ist in einer der reichsten Gesellschaften der Erde ein Skandal.

Ein Prozess zur „Vertafelung“ allerdings würde am Grundkonsens unserer Gesellschaft rütteln: Dem Sozialstaatsgebot. Dieser Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist im Paragraf 20 Absatz 1 festgelegt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Das Sozialstaatsgebot ist durch die sogenannte Ewigkeitsklausel im Grundgesetz nach Artikel 79 Absatz 3 GG geschützt. An ihm darf nicht gerüttelt werden und gesellschaftliche Entwicklungen, die das tun, sind von Anfang an zu bekämpfen.

Staat und Regierungen vernachlässigen zurzeit sträflich eine gerechte Verteilung der Krisenkosten, beispielsweise durch Beteiligung der Superreichen an einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens durch eine Vermögensabgabe. Sie konzentrieren sich aktuell auf temporäre Notfallbekämpfung von Einzelsymptomen und wohlfeile Waschlappenempfehlungen zur Hygieneoptimierung in harten Zeiten. Es ist noch nicht einmal gelungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket zu beschließen, obwohl das für Arme eine spürbare Entlastung war und die Inflation gedämpft hat.

Die niedersächsische Landesregierung unterstützt seit August Bestrebungen, Direktvermarkter stärker in die Lieferkette der Tafeln einzubinden, die Einrichtung von regionalen Verteilzentren zu fördern und die direkte finanzielle Förderung von Tafeln auszubauen.

Die Tafeln leisten verdienstvolle und leider notwendige Arbeit, sie sind Mitglieder der LAK Niedersachsen und die Arbeit der Ehrenamtlichen dort verdient allen Respekt.

Aber: *die hier skizzierten Maßnahmen des Landes können einer Entwicklung zum Aufbau einer Parallelgesellschaft Vorschub leisten.*

*Wenn wir nicht jetzt, vor dem Höhepunkt dieser Krise, über den Tag hinausdenken, finden wir uns am Ende in einer Gesellschaft wieder, die außer neoliberalen Zyniker*innen niemand wollen kann: Billig-Segmente und Resteverwertung für das abgehängte Drittel, privater Luxus für 20 Prozent Reiche und Gutverdienende, für den Rest ein mehr schlecht als recht funktionierender Sozialstaat.*

Die LAK fordert daher unter anderem:

- Einen Nationale Aktionsplan zur Armutsbekämpfung*
- Erhöhung der Regelsätze für Hartz-IV und Grundsicherung auf 600 Euro im Monat*
- Vollständige Stromkostenübernahme bei Hartz-IV und Grundsicherung durch Jobcenter*
- Gaspreisdeckel für eine Energiegrundsicherung*
- Konzerne, die Krisengewinner sind, müssen durch eine Übergewinnsteuer die Kosten der Krisen mitfinanzieren*
- Superreiche ab 30 Millionen Vermögen müssen solidarisch an der Finanzierung unseres Gemeinwesens durch eine Vermögensabgabe beteiligt werden*

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze, 0160 99 50 41 61

LAK-Geschäftsführer